

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

Freimut Duve MdB über die  
Filmförderung: Zimmermann  
als Kunstrichter.

Seite 1

Wilhelm Möbel MdB erläu-  
tert, warum die Urheber-  
rechtsreform Verbesserun-  
gen für Journalisten und  
Kulturschaffende bringen  
sollte.

Seite 3

Georg Schlaga MdB setzt  
Fragezeichen hinter die  
Darstellung der beiden  
Tornado-Abstürze.

Seite 5

Peter Büchner MdB fordert  
die Gleichstellung der  
Behindertensportförderung  
mit dem regulären Spitzen-  
sport.

Seite 6

Günter Markscheffel weist  
auf das vor 50 Jahren ver-  
faßte "Prager Manifest"  
der Sozialdemokraten hin.

Seite 8

39. Jahrgang / 19

26. Januar 1984

Zimmermann führt nun "Regie"

Filmförderung: Auch kein Ruhmesblatt für die FDP

Von Freimut Duve MdB  
Obmann der Arbeitsgruppe "Kunst und Kultur" der SPD-  
Bundestagsfraktion

Wir Sozialdemokraten im Innenausschuß des Deutschen Bun-  
destages bedauern, daß die Regierungsfractionen, insbe-  
sondere die FDP-Mitglieder, sich unserem Antrag, das In-  
kraft-treten der Filmförderungsrichtlinien zu verschieben,  
nicht angeschlossen haben. Die nun im Ausschuß beschlos-  
sene Vertagung auf die nächste Sitzung ist von Minister  
Zimmermann verknüpft worden mit dem Hinweis, er würde auf  
jeden Fall die Richtlinien am 1. März in Kraft treten  
lassen. Sie bietet wenig Aussicht auf eine wesentliche  
Änderung.

Die Diskussion um das Letzt-Entscheidungsrecht des Mini-  
sters hat in bestürzender Deutlichkeit gezeigt, daß Film-  
förderung in den Augen des Ministers künftig nach dem  
sogenannten "gesunden Menschenverstand" erfolgen soll.  
Insbesondere hat der Innenminister erklärt, Filme, "denen  
man auf den ersten Blick anmerke, daß sie nur zur eigenen  
Selbstverwirklichung" produziert würden, wolle man nicht  
mehr fördern. Mit einer solchen Bemerkung macht sich der

Verlag:

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2

Verwendet Ökopapier  
mit 100% altem Recycling  
Recycling-Papier



Innenminister der Bundesrepublik Deutschland zum obersten Kunstrichter, der allen Beteuerungen von Liberalität Hohn spricht. Der Minister war sich auch nicht zu schade anzudeuten, daß man bei allzu viel Kritik ja die fünf Millionen DM, die für kulturelle Filmförderung zur Verfügung stehen, ganz streichen könne.

Wir Sozialdemokraten bedauern, daß die sehr engagiert vorgetragene Kritik vieler Filmfachleute und auch der FDP den Minister nicht zu der Einsicht gebracht haben, daß im Bereich der Kulturförderung bei allen Entscheidungen oberstes Gebot die Staatsferne sein muß. Die FDP hat diesen Standpunkt in der öffentlichen Diskussion vertreten, war aber nicht bereit, den Worten Taten folgen zu lassen und mit uns für eine Verschiebung des Termins zu stimmen.

In der Diskussion ist dem Minister auch vorgehalten worden, wie sein Haus schon im vergangenen Jahr mit den bisherigen Richtlinien umgegangen ist und die Gremien der Fachleute verunsichert und desavouiert hat. Wir Sozialdemokraten werden in der nächsten Sitzung des Innenausschusses noch einmal mit Nachdruck die Änderungswünsche vorbringen und hoffen, daß es dann zu einer Mehrheitsmeinung im Interesse der kulturellen Filmförderung kommt. (-/26.1.1984/ks/va)

, + + +



Urheberrechtsreform - Bringschuld  
-----

Aber diesmal für die Journalisten und Kulturschaffenden

Von Wilhelm Nöbel MdB

Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Eines der wichtigsten Anliegen der Journalisten-Organisationen geht diese Woche in die Erste Lesung des Deutschen Bundestages: Die Urheberrechtsreform. Es werden, dazu bedarf es keiner prophetischen Begabung, schwierige Beratungen folgen in den einzelnen Fraktionen und in den Ausschüssen.

Gegenstand ist zunächst der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiet des Urheberrechts. In allen Fraktionen gibt es Gegner, weil sie weiter wie bisher ohne besondere Vergütung kopieren wollen, oder weil ihnen der jetzt geltende Vergütungsanspruch für Bild- und Tonaufzeichnungen (zum Beispiel Kassetten) ausreichend scheint, oder weil sie "typisch deutsche Gründlichkeit" befürchten und nicht päpstlicher sein wollen als der Papst.

Zwischenzeitlich werden Interessenvertreter verschiedenster Richtung in Bonn für weitere Erschwerung zu sorgen wissen. Würden alle Eingaben berücksichtigt, wäre vor lauter Sonderregelungen Desorientierung zum Kernpunkt erhoben. Also bitte keine Kinkerlitzchen, so berechtigt sie sein mögen. Die Relation zum Aufwand muß stimmen, die Effektivität.

Wer ein Auto klaut, ist ein Dieb, verglich jetzt der SPD-Rechtsexperte Alfred Emmerlich; ja, füge ich hinzu, wer sich ein abgestelltes Fahrrad, auf dessen Sattel die Staubablage langen Nichtgebrauch verrät, für ein paar Minuten wegen einer echten Dringlichkeit "ausleiht" und dann wieder zurückbringt, wird sich wundern, was ihm blüht, wenn man ihn erwischt. Wird dagegen Diebstahl von geistigem Eigentum vor dem Gesetz in unserem Lande tiefgestapelt?

Die Politik ist jetzt gefordert, insbesondere den Journalisten eine Bringschuld einzulösen, nachdem sie ihnen auf dem jahrelangen Weg zur inneren Pressefreiheit die kalte Schulter gezeigt und heute schon hat einsehen müssen, wie falsch sie damit lag und liegen wird.

Nun die zweite große Bewährungsprobe:

1. Alle Journalisten sind Urheber, aber die Anerkennung der Urheberschaft ist im Regierungsentwurf unzureichend geregelt. Es fehlt aus dem Gesetzentwurf der damaligen CDU/CSU-Opposition vom 24. August 1978 der entscheidende Satz: "Bei Erscheinen des Werkes ist er mit vollem Namen zu nennen, es sei denn; er hat zuvor schriftlich erklärt, daß er nicht genannt werden will." Durch diese gesetzliche Klarstellung wäre dem Urheber von Lichtbildwerken finanziell und auch in einem eventuellen Rechtsstreit geholfen.
2. Die schnelle Entwicklung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken bedarf klarer Gesetzesbestimmungen, um schwerste Mißbrauchsmöglichkeiten auszuschließen. Es handelt sich um das Senderecht bei Satellitensendungen, Kabelfernsehen, Bildschirmtext. Direktsatelliten sind, obwohl sie des deutschen Postministers Verkabelungshysterie diametral entgegenstehen, in absehbarer Zeit möglich. In jedem Fall wird die Union Europäischer Rundfunkanstalten (UER), und das ist gut so, erheblich an Gewicht gewinnen. Sie wird mehr und mehr zur zentralen europäischen Programm-Abrufstelle. Für das Satellitenfernsehen plant sie eine einheitliche Norm, auch für Hörfunk.

Der Regierungsentwurf reicht vorne und hinten nicht; denn der jeweils betroffene Journalist hat keine Chance, die Verwertung seiner Beiträge zu kontrollieren. Gesetzliche Lizenzen bringen gar nichts. Nur Verwertungsgesellschaften können das

Senderecht durch Direktsatelliten wahrnehmen, ebenso bei der Einspeisung in Kabelnetze und auch beim Bildschirmtext. Beim Bildschirmtext muß sowohl die Erst- als auch die Zweitverwertung berücksichtigt werden. Dabei ist die Kooperation der Verwertungsgesellschaft mit der Post unerlässlich.

3. Schwierig sind auch die Vergütungsregelungen bei Bild- und Tonaufzeichnungen und die Abgabenregelungen bei unbespielten Ton- und Bildträgern (Leerkassetten-Abgabe). Während der Regierungsentwurf mit Recht in der Pauschalabgeltung über Vereinbarungen der Geräte- und Bandhersteller beziehungsweise der Importeure von Geräten und Bändern die Regel sieht und hier Verhandlungsspielraum offenläßt, auch Anpassung bei Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse ermöglicht, gibt es jedoch jeden Widerspruch der Journalisten bei den Einzelregelungen hinsichtlich der jeweiligen Vergütungssätze, zu dem sich zusätzlich divergierende Positionen des Bundesrates gesellen.
4. Reprografische Vervielfältigungen, hauptsächlich Fotokopien, natürlich nur urheberrechtlich geschützter Vorlagen, sollen dem Gesetzentwurf zufolge vergütungspflichtig werden. Bei Einzelregelung, also dort, wo ein Pauschalvertrag nicht machbar ist, rechnet sich im Entwurf die Gebühr zwischen zwei und vier Pfennig je Kopie. Die Regierung will den Betreiber des Gerätes zur Kasse bitten, während der Bundesrat in der Geräteabgabe den Vorteil sieht, daß die Verwertungsgesellschaft mit erheblich weniger Partnern verhandeln muß. In der Mitte dürfte hier die wahre Lösung liegen, in der Kombination zwischen Geräte- und Betreiberabgabe über Verträge mit Verbänden, die mit den von ihnen vertretenen Betreibern wohl leicht klarkommen.

Streit wird es geben über die Höhe der Vergütung pro Kopie, darüber nämlich, daß die technischen Kosten des Kopierens laut Berechnung des Deutschen Journalisten-Verbandes zwischen 60 und 70 Prozent "die Kosten einer Vergütung des geistigen Eigentums übersteigen sollen".

5. Völlig unpraktikabel ist die unterschiedliche Schutzdauer (70 oder 25 Jahre) für höherwertige Fotos und einfache Lichtbilder im Regierungsentwurf. Natürlich gibt es Qualitätsunterschiede (Fotos mit Werkcharakter und Fotos ohne Werkcharakter), aber jeder Benutzer eines 26 Jahre alten Bildes wird behaupten, dies sei ein einfaches, wenn ihm dadurch Kosten erspart bleiben. Ebenso weiß die Regierung keinen klaren Fixpunkt für das Alter eines Bildes zu setzen: Es ist oft ein Unterschied, manchmal ein sehr großer, zwischen Herstellung und Erscheinen eines Bildes.
6. Völlig unzulänglich regelt der Regierungsentwurf den Schadensersatz. Auch hier ist die akzeptable Regelung aus dem CDU/CSU-Oppositionsentwurf vom 24. August 1978 spurlos verschwunden. So schnell ändern sich dort politische Wahrheiten. Der Urheber darf hinsichtlich der Kosten bei einer Rechtsverfolgung gegenüber einer Verwertungsgesellschaft nicht benachteiligt sein.
7. Der Entwurf berücksichtigt bei der Besetzung der Schiedsstelle nicht, wie dies bis heute möglich ist, die Benennung eines Journalisten als Beisitzer, wohl unbestritten zweckmäßig bei Streitigkeiten aus dem journalistischen Bereich.

Noch einiges wäre in einer Mängelliste aufzuführen. Das Wichtigste ist jetzt, denjenigen Parlamentariern, die dies alles reichlich kompliziert finden, zu verdeutlichen, daß hier eben keine weitere Verbürokratisierung stattfindet, sondern Vereinfachung und Praxisnähe. Vor allem aber die allzu späte Erfüllung eines Nachholbedarfs in den geistigen und kulturellen Gegenden unseres Landes. (-/26.1.1984/ks/va)

+ + +



Menschliches Versagen?

Zwei Tornados sind schon abgestürzt

Von Georg Schlaga MdB

Zwei Tornados sind abgestürzt. Der Jet aller Jets! Die regierungskonforme Presse beklagt nicht den Tod zweier Piloten, sondern versichert - wie zum Beispiel der Marineinspekteur und der General KÜbart -, daß dieser Supervogel eigentlich gar nicht hätte runterfallen dürfen, so gut sei der. Denn "Systemfehler" gibt es nicht beim Tornado. Also im Crash-Fall ist es immer "menschliches Versagen".

Beim ersten wurde nach simuliertem Bombenabwurf und Steilkurve ein "falscher Neigungswinkel" geflogen. Da war dann die See im Wege. Das zweite flog "bei hoher Querlage" in die Wolken und verlor die Orientierung, das heißt der Pilot überzog das Flugzeug nahezu zwangsläufig und stieg mit seinem Kampfbeobachter - Gottlob rechtzeitig - aus. Sie dürfen weiter Tornado fliegen. Die ersten beiden nicht.

General Eimier laut General-Anzeiger: "Der Tornado überfordert den Menschen nicht"; und dieselbe Zeitung an anderer Stelle: "Anfängliche Bedenken wegen der hohen psychischen physischen Belastungen für die Cockpit-Crew haben sich in der fliegerischen Praxis bislang nicht bestätigt."

Statistisch mag das ja noch stimmen, in den beiden Einzelfällen nicht. Und in extremen Fluglagen - sozusagen die Norm für den Kampfauftrag dieses Flugzeugs - genügt eben ein ganz minimaler "Steuerungsfehler" um abzustürzen. Auf diese Weise erfolgt offensichtlich eine "natürliche Auslese" unter den Piloten. Ist schon makaber; denn am "System" liegt's ja nicht.

Eine andere Zeitung schließlich beziffert den materiellen Schaden "bei über 80 Millionen Mark". Die meisten Leser werden es glauben, weil's gedruckt steht. Es waren aber zweimal 100 Millionen DM. Was man für 200 Millionen DM alles machen kann....

Die von der SPD geforderte Wehrsolderhöhung zum Beispiel - die jährlich 120 Millionen DM ausmachen würde - wäre damit schon für fast zwei Jahre gesichert.  
(-/26.1.1984/ks/va)

+ + +



Der Behindertensport - immer noch benachteiligt

Der Sport als Lebenshilfe muß gleichrangig gefördert werden

Von Peter Büchner MdB

Sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Sport ist für viele Behinderte eine lebenswichtige Therapie. Selbst wenn die positiven Auswirkungen auf die Physis je nach Behinderung unterschiedlich sind, die psychischen Einflüsse auf den Lebensmut durch Selbstbestätigung sind für den Behinderten entscheidend. Dabei ist die Leistungsbereitschaft der Behinderten bewundernswert, ihre Leistungsfähigkeit oft erstaunlich. Hätte es für diese Aussage noch eines Beweises bedurft, die 3. Weltwinterspiele in Innsbruck haben ihn erbracht: Behinderte haben die Fähigkeit zu Leistungs- und Spitzensport - und sie haben auch einen Anspruch darauf! Wer hätte als Nichtbehinderter das Recht, den Behinderten dies streitig zu machen?

Natürlich ist die Debatte um Übersteigerungen und Fehlentwicklungen berechtigt; aber dies ist eine wichtige Auseinandersetzung, die den gesamten Sport betrifft. Sie ist nicht spezifisch für den Behindertensport.

Wer in den idyllischen Dörfern Mutters und Natters erlebt hat, was Sportler mit einem Bein, ohne Arme, mit Prothesen, blind oder auf den Rollstuhl angewiesen, zu leisten vermögen und leisten wollen, der ist überzeugt: Dies ist Hochleistungssport unter besonderen Bedingungen aber ohne besondere Einschränkungen.

Und wer die Siegerehrungen miterlebt hat, der hat festgestellt: Hier leben sie (noch?), die olympische Idee und die Gemeinschaft von Sportlern. Gemeinschaft, Kameradschaft, das Gefühl der Zusammengehörigkeit hat auch jeder deutlich spüren können, der im Quartier der deutschen Mannschaft einen Besuch machte und erleben konnte, wie Teilnahme und Erfolge vorbereitet und gefeiert wurden.

Auch bei der gegenseitigen Abhängigkeit von Spitzensport und Breitensport, spielt der Behindertensport keine Sonderrolle. "Wer laufen kann, kann auch Skilaufen. Ich fahre lieber zwei Kilometer auf Ski, als daß ich 20 Meter gehe", sagt ein Betreuer der deutschen Mannschaft, der selbst Oberschenkelamputiert ist. Für die über vier Millionen Behinderten bei uns können auch Spitzenleistungen von behinderten Sportlern Ansporn sein, selbst mit dem Sport zu beginnen oder von Freizeitformen zu Trainingsformen des Sports überzugehen. Auch für unsere 60.000 Sportvereine in der Bundesrepublik muß der Behindertensport eine größere Rolle spielen. Die Behinderten wollen und erzielen durch den Sport gesellschaftliche Anerkennung. Der Verein ist dabei Chance und Ort von Begegnung, für Behinderte und für Nichtbehinderte.

Aber für diese wichtigen Aufgaben müssen Spitzensport, Breitensport und die Vereine auch ausgestattet werden. Als Leitforderung muß gelten: Der Behindertensport muß gleichermaßen gefördert werden. Nicht mehr - allerdings spezifisch auf besondere Erfordernisse eingerichtet -, aber auch nicht weniger!



Die hervorragenden Leistungen und die zahlreichen Medaillen, die die deutsche Mannschaft in den nordischen und alpinen Wettbewerben bei den 3. Behindertenweltspielen in Innsbruck gewonnen hat - auch Dank der guten Arbeit von Trainern und Betreuern - können nicht überdecken, daß die Förderung im Behindertensport dringend verbessert werden muß: Sichtung und Förderung von Spitzensportlern müssen systematisiert werden, es muß mehr Lehrgänge mit mehr Fachtrainern geben, die Trainer und Betreuer müssen hinsichtlich der Arbeitsbedingungen und der finanziellen und sozialen Ausstattung die gleiche Ausstattung wie die anderen Trainer im Spitzensport erhalten und die Athleten sollten ebenfalls hinsichtlich der Trainingsbedingungen und der sozialen Sicherung (Studium und Beruf) den Leistungssportlern gleichgestellt werden. Dies sind Aufgaben des Bundes, der für den Spitzensport zuständig ist.

Der Stiftung Deutsche Sporthilfe, die ihre Einnahmen fast ausschließlich aus Briefmarken-Zuschlagserlösen und Lotteriemitteln erhält - kommt dabei eine besondere Förderungsaufgabe zu. Die Sportartikelindustrie sollte auch die behinderten Leistungssportler und Mannschaften mehr als bisher ausrüsten.

An die Länder stellen sich im Bereich des Breitensports die gleichen Anforderungen, wie dem Bund beim Spitzensport. Und Städte und Gemeinden müssen bei der finanziellen Unterstützung oder bei der Vergabe von Sportstätten die Vereine besonders berücksichtigen, die bereit sind, Behindertensport in ihre Jugend- und Vereinsarbeit aufzunehmen. Neben dem spezifischen Behindertensport sind auch gemeinsame Trainings- und Wettkampfveranstaltungen von Behinderten und Nichtbehinderten anzustreben und zu intensivieren. Der Besuch der 3. Weltwinterspiele für Behinderte in Innsbruck durch Königin Silvia von Schweden, die Eröffnung durch den Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees, Antonio Samaranch, und den österreichischen Bundespräsidenten, Dr. Rudolf Kirchschläger sowie der Besuch der Spiele durch Bundeskanzler, Dr. Fred Sinowatz, haben zusammen mit der weltweiten Berichterstattung dem Behindertensport einen wichtigen Impuls gegeben.

22 Nationen mit 40 SportlerInnen und Sportlern haben an diesen Spielen teilgenommen. 26 behinderte Spitzensportler werden im Rahmen der Olympischen Winterspiele in Sarajevo einen besonderen Wettbewerb durchführen. Wir sollten in der Bundesrepublik dies alles zum Anlaß nehmen, jetzt zügig auf eine Gleichstellung des Behindertensports hinzuarbeiten. Bis heute gibt es noch nicht einmal deutsche Meisterschaften für Behinderte in den Wintersportarten. (-/26.1.1984/ks/va)

+ + +



### 50 Jahre Prager Manifest

---

Manche Themen und Positionen haben überdauert

Von Günter Markscheffel

Vor 50 Jahren, am 28. Januar 1934, also ein Jahr nach der Zerschlagung der ersten deutschen Demokratie durch Hitler und die bürgerlichen Befürworter des "Ermächtigungsgesetzes", veröffentlichte der Exilvorstand der SPD das "Prager Manifest", das in etwa 40.000 Exemplaren illegal nach Deutschland eingeschleust wurde.

Der erste Satz dieses Dokumentes lautet: "Im Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur gibt es keinen Kompromiß." Im einzelnen wird dann dargelegt, wie der Exilvorstand der SPD die Lage in Deutschland beurteilt, mit welchen Methoden der Nationalsozialist die erschlichene Macht ausübt, und unter welchen Bedingungen der Kampf der freien Arbeiterbewegung um die Wiederherstellung eines vom Faschismus gereinigten Deutschland fortgesetzt werden sollte.

Es ist verständlich, daß, im Rückblick auf die damalige Zeit, das "Prager Manifest" von einer klassenkämpferischen Sprache geprägt wird; vor allem in jenen Teilen, in denen die Ziele sozialdemokratischer Politik nach dem Sturz der Hitler-Diktatur dargestellt werden.

In dem Kapitel Abrüstung und Kriegsgefahr wird jedoch deutlich, daß der SPD-Vorstand im Exil schon damals das heraufziehende Unheil eines von Hitler provozierten Krieges sah. Wörtlich heißt es da: "Die nationalsozialistische Diktatur hat Deutschland in Barbarei und Bestialität gestoßen, das deutsche Volk mit tiefer Schmach bedeckt. Aber die Hitler-Herrschaft ist nicht nur Schande und Gefahr für Deutschland, sie bedeutet die Gewaltdrohung gegen die Freiheit und Zivilisation anderer Völker. Die Diktatur hat in Rassenwahn und Großmannssucht den altdeutschen Nationalismus zur Siedehitze gesteigert. Sie vergiftet die Jugend mit militaristischem Angriffsgeist, sie setzt alle geistigen und materiellen Mittel ein für eine fieberhafte Aufrüstung. Sie propagiert offen ihre Kriegsziele: Eine neue Großraumpolitik soll Neuland für die Siedlung im Osten schaffen, soll alle 'deutschstämmigen' Gebiete dem faschistischen Reich einverleiben. Aber Schlimmeres noch als territoriale Einbuße droht den Völkern von der siegreichen Diktatur: Am sogenannten faschistischen deutschen Wesen soll die Welt genesen. Bedeutet ein neuer Krieg mit den unendlich vervollkommenen Zerstörungsmitteln eine Untergangsdrohung für die Zivilisation, so bedeutet ein Sieg der faschistischen Diktatur eine Verewigung der Sklaverei und Bestialität im Inneren und ihre Ausbreitung in die übrige Welt."

Schon im Wahlkampf vor 1933 hatte die SPD erklärt: "Wer Hitler wählt, wählt Krieg." Diese Warnung blieb bei großen Teilen des deutschen Volkes ohne Gehör. Im "Prager Manifest" wiederholte die SPD ihre Warnung an die Adresse der demokratischen Völker und deren Regierungen; vor allem aber an die Arbeiterbewegung in diesen Ländern. Im Manifest wird dazu gesagt: "Die auswärtige Politik der deutschen Diktatur bedeutet ständige Bedrohung des Friedens und damit den Zwang zum Waffentrüben. Die Diktatur, die durch schamlosen Verfassungsbruch durch Inszenierung des Reichstagsbrandes zur Macht gelangt ist, die durch frevelhaften Terror und schamlose Verge-





waltung von Recht und Gesetz die Macht behauptet, bietet keine Gewähr für die Einhaltung internationaler Verträge. Sie wird sie brechen, sobald sie den Bruch für nützlich hält. Es ist nicht Aufgabe der Sozialdemokratie, auf den Sturz der Despotie durch den Krieg zu hoffen. Es ist vielmehr ihre Aufgabe, den Krieg zu verhindern."

Diese Sätze widerspiegeln das Wissen der Sozialdemokratie um das Wesen der Hitler-Diktatur, das eigentlich niemandem hätte verborgen sein sollen. Schon vor der sogenannten Machtergreifung wurde in zahlreichen nationalsozialistischen Schriften das "Tausendjährige Reich" als eine über ganz Europa herrschende Macht dargestellt.

Aber trotz dieses Wissens wird im Prager Manifest erklärt (s.o.), es sei nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie, auf den Sturz der Despotie durch den Krieg zu hoffen. Es sei vielmehr ihre Aufgabe, den Krieg zu verhindern. Sollte der Krieg trotzdem ausbrechen, so würden die deutschen Sozialdemokraten der Despotie in unveränderter unversöhnlicher Feindschaft gegenüberstehen. "Die Einheit und Freiheit der deutschen Nation kann nur gerettet werden durch die Überwindung des deutschen Faschismus."

In diesem Zusammenhang stellte die SPD schon zu dieser Zeit - 1934! - ihre Befürchtungen dar, die sie nach einem militärischen Zusammenbruch des Nationalsozialismus hegt und proklamiert ihre Haltung für den Fall, daß diese Befürchtungen zur politischen Realität werden sollten. Dazu im Prager Manifest: "Die Sozialdemokratie wird sich mit Entschiedenheit gegen jeden Versuch von außen wenden, einen kriegerischen Zusammenbruch der Despotie in Deutschland zu einer Zerstückelung Deutschlands auszunutzen. Sie wird keinen Frieden anerkennen, der zur Zerreißung Deutschlands führt und eine Hemmung seiner freiheitlichen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten bedeutet."

Als Dr. Kurt Schumacher nach dem Kriege einmal im Zusammenhang mit den Bestrebungen einiger Siegermächte zur Zerstückelung Deutschlands an diesen Satz im Prager Manifest erinnerte, bezeichnete man ihn im Ausland - zum Teil aber auch in Deutschland selbst - als "Nationalist". Seinen und der SPD Bemühungen ist es mit zu danken, daß aus den westlichen Besatzungszonen kein "deutscher Staatenbund, sondern eine Bundesrepublik Deutschland" geworden ist. Wenigstens in unserem Lebensbereich konnte die Zerstückelung Deutschlands abgewendet werden. Die Abschnürung der sowjetischen Besatzungszone und die spätere Gründung der DDR ergeben sich aus dem während des Korea-Krieges immer mehr zugespitzten Gegensatz der westlichen Siegermächte mit der Sowjetunion. Dieser Konflikt beherrscht auch heute die Weltpolitik. Dabei zu helfen, ihn mit friedlichen Mitteln und nicht durch Wettrüsten zu überwinden, bleibt die zentrale Aufgabe der deutschen Politik. Heute wie vor 50 Jahren. (-/26.1.1984/bgy/va)

+                    +                    +

